

Hans Jörg Koßmann

Obermeister und stellv. Landesinnungsmeister

Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe

Innung des Kraftfahrzeugtechniker-Handwerks Bremen

Landesinnungsverband Niedersachsen



Statement

Jahrespressekonferenz

Bremen

1. April 2026

Es gilt das gesprochene Wort

Meine Damen, meine Herren,

das war ein schwieriges, teils auch schmerzhaftes Autojahr. Statistiken belegen dies.

Marktdaten spiegeln die Herausforderungen wider, die wir 2025 erlebt haben und auch in diesem Jahr erleben werden.

Bremen bleibt der kleinste automobiler Markt. Doch hinter jeder Statistik stehen Menschen.

Familien in Gröpelingen, Habenhausen oder Hastedt, die sich fragen, ob sie sich den nächsten Werkstattbesuch noch leisten können. Handwerksbetriebe, die jeden Tag kalkulieren müssen, ob sich der nächste Mitarbeiter noch finanzieren lässt.

Unternehmerinnen und Unternehmer in Bremerhaven, die zwischen Bürokratie und wirtschaftlichem Druck kaum noch Luft holen können.

Alle Veränderungen sind also mehr als Zahlen — sie sind Eingriffe in das tägliche Leben.

Und wenn wir ehrlich sind: Selbst die Momente, in denen man in Bremen sonst gemeinsam durchatmet — etwa, wenn SV Werder Bremen spielt — sind seltener unbeschwert geworden.

Lassen Sie mich — entgegen allen Gepflogenheiten — mit den Marktergebnissen der ersten beiden Monate beginnen:

Der Automarkt liegt am Boden.

Minus 17,4 Prozent im Februar bei den Pkw-Neuzulassungen. Minus 15 Prozent bei den Besitzumschreibungen. 801 Verkäufe weniger. Das ist keine Delle mehr — das ist ein Einbruch.

Und wer in diesen Tagen durch die Autohäuser entlang der Stresemannstraße fährt oder mit Händlern im Bremer Umland spricht, hört überall das Gleiche: Zurückhaltung. Unsicherheit. Abwarten.

Die Hoffnung auf eine schnelle Erholung schwindet — auch wegen der weltpolitischen Lage.

Herr Bley hat die neue Elektro-Kaufprämie bereits angesprochen. Ich will das deutlich sagen:

Ich habe Zweifel, dass diese Prämie ein echter Impuls wird.

Nicht, weil Förderung grundsätzlich falsch ist, sondern, weil sie zu spät, zu unklar und zu unzuverlässig kommt.

Seit Monaten warten Betriebe und Kunden auf konkrete Regelungen. In dieser Zeit passiert eines ganz sicher: Es wird nicht gekauft.

Planungssicherheit ist kein Luxus — sie ist die Grundlage jeder wirtschaftlichen Entscheidung.

Ich bleibe kurz bei der Elektromobilität:

Für Besitzer von E-Autos bringt das laufende Jahr einen Zugewinn: Die THG-Quote steigt weiter. Anbieter locken mit Prämien über 200 Euro. Bei der Wahl des Vermittlers ist Sorgfalt geboten. Kfz-Betriebe bieten den Weg zu einem zuverlässigen Prämienvermittler — sie bieten es auch selbst an!

Zum Service:

Er bleibt der betriebswirtschaftliche Anker — aber auch hier sehen wir Veränderungen. Das Wachstum sinkt. Die Kundenfrequenz geht zurück. Und das ist eine Entwicklung, die viele Betriebe ganz konkret spüren:

Werkstätten, die früher Wochen im Voraus ausgebucht waren, haben plötzlich Lücken. Gleichzeitig steigen Anforderungen und Investitionen — gerade bei E-Fahrzeugen. Wer heute in einer Werkstatt in Bremen arbeitet, braucht nicht nur Werkzeug, sondern Hochvolt-Kompetenz, Schulungen, Sicherheits- und Spezialausrüstung.

Diese Komplexität rechtfertigt angemessene Stundenverrechnungssätze. Das kostet. Und deshalb sage ich auch ganz klar in Richtung Versicherungswirtschaft:

Unsere Stundenverrechnungssätze sind kein Luxus — sie sind Realität. Sie bilden real entstehende Kosten ab. Von Personal über Qualifikationen bis hin zu Investitionen in Technik und Infrastruktur.

Ein Blick auf das Kaufverhalten:

90 Prozent der Privatkäufe sind Gebrauchtwagen. Das ist die Wahrheit der Mobilität in Bremen. Der durchschnittliche Gebrauchte kostet 18.560 Euro — ein Neuwagen über 26.000 Euro mehr.

Und jetzt frage ich:

Warum ignoriert die Politik genau diesen Markt?

Warum wird die Elektromobilität fast ausschließlich über Neuwagen gedacht?

Wer die Menschen in Walle, Blumenthal oder Vegesack erreichen will, der muss den Gebrauchtwagenmarkt einbeziehen. Alles andere bleibt Theorie.

Ein weiteres Thema: Finanzierung.

Über die Hälfte aller Neuwagen wird finanziert. Fast jeder zweite Gebrauchte ebenfalls. Das zeigt: Mobilität wird auf Pump gekauft. Und das ist kein Zeichen von Wohlstand — sondern von wachsendem Druck auf die Haushalte.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich ein typisch bremisches Bild zeichnen:

Ein kleiner Familienbetrieb, seit zwei Generationen. Der Großvater hat ihn aufgebaut, der Sohn modernisiert ihn gerade für Elektromobilität. Gleichzeitig sitzt er abends im Büro und kämpft mit Formularen, Dokumentationspflichten und Vorschriften. Nicht die Arbeit am Auto kostet ihn die meiste Zeit — sondern die Bürokratie. Das kann nicht richtig sein.

Seit Jahren sorgt die Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Pkw-EnVKV) nicht nur in Autohäusern für Ärger und Unsicherheiten. Was als Orientierungshilfe für Verbraucher gedacht war, ist ein EU-Bürokratie-Monster geworden.

Für viele Händler birgt das auch rechtliche Risiken. Zum Jahresende hatte die EU-Kommission einen Verordnungsentwurf vorgelegt, dem wir als Frauen und Männer der Praxis ein Testat geben: fehlende Praxistauglichkeit. Die Wünsche aus Brüssel werden immer kleinteiliger und spezifischer - etwas für Bürokraten, nicht für uns Händler.

Ein Beispiel: Ab Mitte Juni müssen Betriebe, die Verträge mit Privatkunden abschließen, auf ihren Webseiten oder Kundenportalen eine gut sichtbare Widerrufsfunktion einrichten. Das betrifft Autohäuser und Werkstätten gleichermaßen - von der Online-Reifenbestellung über Servicepakete bis zur digitalen Terminbuchung. Ein neuer bürokratischer Aufwand im automobilen Alltag. Überbordende Bürokratie ist Ausdruck eines Misstrauens. Mir fehlt da das Vertrauen in die Unternehmerschaft. Der Paragraphen-Dschungel muss gelichtet werden!

Digitalisierung sollte entlasten — nicht zusätzlich belasten.

Und damit komme ich zu einem Thema, das mir besonders wichtig ist:

Die Ausbildung. 249 neue Ausbildungsverträge — ein Rückgang von über 16 Prozent. Das ist mehr als eine Zahl. Das ist ein Warnsignal.

Und jetzt muss man auch den Mut haben, eine politische Maßnahme klar zu bewerten: Die Ausbildungsabgabe hat ihr Ziel, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, gnadenlos verfehlt.

Sie belastet Betriebe zusätzlich — ohne die strukturellen Probleme zu lösen.

Mehr Bürokratie schafft keine Auszubildenden.

Was wir brauchen, sind motivierte junge Menschen — und dafür brauchen wir bessere Voraussetzungen. Und damit sind wir bei einem der größten Probleme dieses Bundeslandes: Bildung.

Bremen steht seit Jahren bei der PISA-Studie auf dem letzten Platz.

Das ist keine Momentaufnahme — das ist ein strukturelles Versagen.

Wenn junge Menschen die Schule verlassen, ohne ausreichend vorbereitet zu sein, dann hilft auch die beste Ausbildungsinitiative nichts. Bildung wird zu oft vernachlässigt — und die Folgen landen am Ende bei den Betrieben. Wir können Fachkräftemangel nicht bekämpfen, wenn wir die Grundlagen nicht sichern.

Und trotzdem: Es gibt auch Hoffnung. 70 frisch ausgebildete Kfz-Mechatroniker wurden vor kurzem im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft freigesprochen. Das sind 70 Erfolgsgeschichten. 70 Beispiele dafür, dass Ausbildung funktioniert — wenn wir sie ernst nehmen. Dies war und ist ein würdiger Rahmen für unseren beruflichen Nachwuchs und eine motivierende Anerkennung der guten Leistung.

Meine Damen, meine Herren, ich komme zum Schluss.

Wenn 44 Prozent der Autofahrer sagen, sie hätten Angst, sich das Auto bald nicht mehr leisten zu können, dann ist das ein Alarmsignal. Mobilität darf kein Luxus werden. Mobilität ist Teilhabe.

Gerade in einem Bundesland wie Bremen, mit seinen Pendlern, seinen Häfen, seiner Industrie, ist das Auto für viele Menschen kein Statussymbol — sondern Notwendigkeit.

Ich sage daher ganz klar:

Wir brauchen bezahlbare Mobilität. Wir brauchen Technologieoffenheit. Und wir brauchen wieder mehr Vertrauen in die Menschen, die jeden Tag arbeiten, ausbilden und Verantwortung tragen.

Wer das Auto einseitig benachteiligt, der verkennt die Lebensrealität der Menschen. Oder, um es bremisch zu sagen: Man kann nicht gegen den Strom der Weser regieren – man muss lernen, mit ihm zu arbeiten.

Vielen Dank.